

Heute
schon ge-
liked?



Besuchen Sie uns auf facebook!

www.facebook.com/Bauwelt

Angst ist keine gute Stadtplanerin

Editorial **Brigitte Schultz, Doris Klelein, Kaye Geipel**

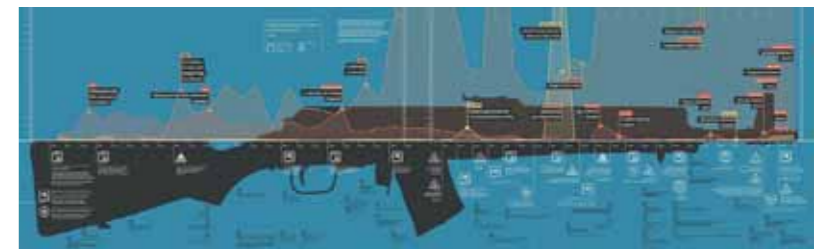
Unsere Städte rüsten auf. Das alltägliche Arsenal der Kontrolle und Abschreckung wächst: von Absperrgittern und Pollern bis zu Videokameras und bewaffneten Patrouillen. Weit über temporäre Maßnahmen wie Betonblöcke vor Weihnachtsmärkten hinaus wird der öffentliche Raum dauerhaft umgebaut. Im Zeichen von Terrorismus-Abwehr und Kriminalitätsbekämpfung entwickeln sich ganze Innenstädte zu befestigten Zonen – ganz nach dem Vorbild von London, das seit den neunziger Jahren ein immer enger werdendes Netz aus Zugangssperren und Überwachungskameras knüpft. Mit geschätzten 420.000 Kameras war die Stadt lange die am stärksten überwachte Metropole der Welt, bevor Peking ihr 2015 den zweifelhaften Rang ablief. Dass die Städte damit kaum sicherer werden – was immer wieder impliziert wird – scheint irrelevant. Statistische Wahrscheinlichkeiten und tatsächlich hohe Sicherheitsrisiken wie der Straßenverkehr (der mit über 6600 Toten in den letzten zwei Jahren allein in Deutschland mehr Opfer forderte als der Terrorismus in ganz Westeuropa seit 1971) schrumpfen zu Fußnoten einer aktionistischen Politik, die die Bevölkerung beruhigen soll und dabei die Vorteile vermehrter Kontrolle gerne mitnimmt.

Jedes Architekturbüro, das in diesem Klima mit einem exponierten Neubau beauftragt wird, muss sich mit explosionsresistenten Fassadenkonstruktionen und ramsicheren Sockeln beschäftigen. Wie das Gebäude städtebaulich positioniert wird, liegt oft nicht mehr in Planerhand. Ein konsistenter Stadtraum wird zweitrangig, der Städtebau folgt der sogenannten Perimeter- oder Freilandsicherung, die Sicherheitsmaßnahmen im Umfeld des Gebäudes vorschreibt. Eine Pufferzone von 30 Metern bis zur Grundstücksgrenze ist ein Anblick, an den wir uns wohl genauso gewöhnen müssen wie an Wassergräben und strategische Geländeversprünge. Und das sind nur die offensichtlichen Maßnahmen. Selbst wenn es nicht das Bauen für den BND betrifft – siehe Gespräch ab Seite 64 – werden architektonische Details zunehmend geheim gehalten, um keine Angriffsfläche zu bieten.

In welcher Stadt wollen wir leben?

Doch wollen wir uns das Heft aus der Hand nehmen und uns zu Erfüllungsgelhilfen einer intransparenten Agenda degradieren lassen, nur noch dafür zuständig, mehr oder weniger sinnvolle Vorgaben ästhetisch zu verpacken? Und was für eine Stadt entsteht so? Wollen wir öffentliche Räume, die den Namen kaum mehr verdienen, weil sie bis hinunter zur Parkbank so ausgeformt sind, dass sie zuallererst „feindliche Fahrzeuge“ und uner-

Auch unser Infografiker Deniz Keskin hat visuell aufgerüstet (Seite 12–16).



wünschte Personengruppen abwehren? Kapitulieren wir vor zum Großteil irrationalen Ängsten und einer gefühlten Unsicherheit, die sich aus unseren eigenen Vorurteilen und populistischen Reden speist? Nicht nur in Frankreich, das den seit 2015 bestehenden Ausnahmezustand Ende letzten Jahres zum fünften Mal verlängert hat (und damit unter anderem Demonstrationsverbote und Ausgangssperren legitimiert), stehen wir an der Schwelle einer neuen Normalität, die unser Gefühl der von Offenheit geprägten europäischen Urbanität für immer verändern könnte. Angst ist keine gute Ratgeberin, sagt das Sprichwort – eine gute Stadtplanerin ist sie auch nicht.

Dabei wäre womöglich alles so einfach. Die Experten, die in dieser Ausgabe zu Wort kommen, sind sich erstaunlich einig darüber, was eine Stadt tatsächlich sicherer macht. Das Zauberwort ist Prävention – nicht durch Videoüberwachung, die nachweislich einzig und allein Autodiebstähle aus Parkhäusern verringert, und nicht durch Absperrungen und Zugangskontrollen, die vor allem das Gespenst einer dauerhaften Bedrohung im allgemeinen Bewusstsein verankern. Nein, gefragt sind längst bekannte, aber zeitintensive Maßnahmen. Sie lesen sich wie das kleine Einmaleins der sozialen Stadtentwicklung: sorgfältig gestaltete und gepflegte städtische Räume, die eine klare Orientierung ermöglichen. Öffentliche Räume, in denen sich möglichst viele verschiedene Menschen gerne und lange aufhalten. Nötig sind dafür nicht unbedingt große Investitionen. Hilfreich ist aber eine andere Kultur der Zusammenarbeit: Um die gefühlte wie die reale Sicherheit zu erhöhen, lohnen sich bisher unübliche Kooperationen wie zwischen Polizei, Wohnungswirtschaft und Städtebau, von denen Anke Schröder – die als Architektin im Landeskriminalamt Niedersachsen eine Vorreiterrolle einnimmt – ab Seite 40 berichtet.

Das beste Mittel gegen Gewalt und Kriminalität ist am Ende gesellschaftlicher Zusammenhalt. Das bestätigt auch EU-Sicherheitsexpertin Elizabeth Johnston im Interview ab Seite 18. Eyes on the street! Vielleicht sollten wir alle mal wieder unsere Jane Jacobs lesen.